



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 18. Juli 2017

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- Vergangenen Mittwoch wurden 919 Menschen durch die deutsche Marine im Mittelmeer gerettet. Die italienische Küstenwache koordinierte am vorherigen Tag die Rettungseinsätze von staatlichen und nichtstaatlichen Retter\*innen.  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/mittelmeer-fluechtlinge-deutsche-marine-rettung>  
(13.07.17)
- Mossul gilt als von der irakischen Armee zurück erobert, vereinzelte Gefechte mit IS-Kämpfer\*innen gibt es aber dennoch. Die meisten Geflohenen trauen sich nicht in die stark zerstörte Stadt zurück. Diejenigen, die geblieben sind, sind oftmals obdachlos, allein die Altstadt gilt als komplett zerstört. Zudem wird über Vergeltungs- und Racheaktionen berichtet. Der IS hatte ein skrupelloses Regime errichtet. Die Vereinten Nationen haben der irakischen Armee vorgeworfen, nichts gegen ein aus Selbstjustiz resultierenden, vermutlichen Kriegsverbrechen getan zu haben. 26 Menschen seien den Vorwürfen nach von irakischen Soldat\*innen ermordet worden.  
[http://www.deutschlandfunk.de/mossul-nach-dem-is-kalifat-der-hunger-und-die-angst-vor-der.1773.de.html?dram:article\\_id=391331](http://www.deutschlandfunk.de/mossul-nach-dem-is-kalifat-der-hunger-und-die-angst-vor-der.1773.de.html?dram:article_id=391331) (18.07.17)
- Beim Treffen der EU-Außenminister\*innen hat Italien die Verlängerung des EU-Einsatzes „Sophia“ vorerst blockiert, das Mandat endet im Juli. Mit dem Einsatz werden Fliehende gerettet, die libysche Küstenwache ausgebildet. Außerdem sollen Schmuggler\*innen und Schleuser\*innen bekämpft werden. Italien hatte signalisiert, dass die EU-Mitgliedsstaaten auch das Anlaufen anderer als italienischer Häfen ermöglichen müssten, das Land könne kaum mehr Menschen aufnehmen. Einigen konnten sich die Außenminister\*innen aber darauf, dass der Export von Schlauchbooten und Außenbordmotoren nach Libyen reduziert werden solle.  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-italien-blockiert-eu-militaereinsatz-vor-der-libyschen-kueste-a-1158391.html> (17.07.17)  
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-07/fluechtlinge-libyen-mittelmeer-schlauchboote-eu-export> (17.07.17)
- Vor allem Menschen aus den Staaten Ostafrikas begeben sich auf die Flucht und das selbst dann, wenn sie um die Bedingungen in den libyschen Gefangenenlagern wissen. Dies gibt ein Bericht des „Gemeinsamen Analyse- und Strategiezentrums illegale Migration“ wieder.

<http://www.dw.com/de/bericht-afrikanische-migranten-str%C3%B6men-weiter-nach-libyen/a-39710418> (16.07.17)

- Die rechtsradikale Identitäre Bewegung hat ein Schiff gechartert mit dem die Besatzung Fliehende auf dem Mittelmeer aufnehmen und zurück nach Libyen entführen möchte. Dabei wollen die Nazis auch mit der libyschen Küstenwache kooperieren, die selber Fliehende rückführt und die Schiffe von Rettungsorganisationen beschießt. Außerdem wollen sie gegen Schlepper\*innen vorgehen und „Beweise“ sammeln, dass die NGOs mit ihnen kooperieren.  
<http://www.tagesschau.de/ausland/identitaere-mittelmeer-101.html> (14.07.17)
- Bereits vor zwei Wochen wurden sechs Aktivist\*innen in der Türkei verhaftet, darunter die Direktorin sowie der Vorsitzende von Amnesty in der Türkei. Weitere zehn wurden Anfang Juli inhaftiert. Unterstellt wird, die Leute hätten einen Putsch geplant. Insgesamt sind seit dem Putschversuch vor einem Jahr 50.000 Menschen in U-Haft genommen. Der Journalist Deniz Yücel wird nun von der Bundesregierung mit seiner Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte unterstützt. Seit 155 Tagen sitzt Yücel ohne Anklageschrift in Haft, davon 140 Tage isoliert.  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/recep-tayyip-erdogan-verhaftungen-menschenrechtler-deniz-yuecel> (18.07.17)
- In einem legislativen Schnellverfahren hat die in Polen regierende PiS-Partei ein Gesetz durch das Parlament gebracht, mit welchem künftig der\*die Justizminister die Richter\*innen des Obersten Gerichtshof ernennt, das heute von der PiS dominierte Parlament muss diese ab sofort bestätigen. Dem Voraus ging bereits eine Entmachtung des Verfassungsgerichts. Widerstand kam von fünf ehemaligen Verfassungsrichter\*innen, die Unabhängigkeit der Justiz sei damit beendet. An vielen Orten in Polen protestierten Menschen am Sonntag gegen das Gesetz. Kritik kam ebenso von internationaler und EU-Seite.  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/umbau-der-justiz-polen-geht-europa-verloren/20064536.html> (14.07.17)  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/polen-tausende-protestieren-gegen-justizreformen-15109763.html> (17.07.17)
- Die neugewählte französische Regierung hat ihre Asyl- und Abschiebepolitik skizziert. Da bereits heute geschätzt 40% der sich in Frankreich befindlichen Schutzsuchenden keinen Zugang zu staatlichen Unterkünften hätten, sollen im kommenden Jahr 4.000 neue Plätze in Unterkünften und in 2019 3.500 weitere für Menschen im Asylverfahren entstehen, nochmal 5.000 sollen für Anerkannte errichtet werden. Asylanträge sollen zudem in sechs und nicht wie bisher in durchschnittlich 14 Monaten entschieden werden. Am Ende steht der Wille zum „entschlossenen Abschieben“.  
<http://www.dw.com/de/frankreich-koordiniert-asylpolitik-neu/a-39658201> (12.07.17)
- Etwa 50 Passagier\*innen eines Flugzeugs weigerten sich, sich vor dem Abflug von Barcelona hinzusetzen und versuchten so die Abschiebung eines Mannes in den Senegal zu verhindern. Ob dies gelungen ist, ist zum gegebenen Zeitpunkt nicht klar. Das Flugzeug startete mit viereinhalb Stunden Verspätung.  
<http://www.n-tv.de/panorama/Passagiere-blockieren-Abschiebeflugzeug-article19938931.html> (17.07.17)

### *Bund, Land, Kommune*

- Neues aus dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): der Vizepräsident des BAMF, Ralph Tiesler, soll sich mit Kanzleramtschef Peter Altmaier getroffen und um Zeitaufschub bei der Bearbeitung der 400.000 anhängigen Asylanträge gebeten haben.

Dieser wurde ihm nicht gewährt. Die Wiederwahl Angela Merkels hänge davon ab, soll Altmaier verlautbart haben. Der *Zeit* liegt ein Schreiben der Staatssekretärin im Bundesinnenministerium Emily Haber vor, in dem sie die Leitung des BAMF darüber informiert, dass die „schnelle Bearbeitung der Asylanträge – inklusive der Aufarbeitung von Altanträgen – politische Verpflichtung sei“. Die Anhörungs- und Entscheidungspraxis leidet seit Langem an mangelnder Qualität, Geflüchtete sind davon betroffen, Verwaltungsrichter\*innen beklagen, sie müssten viel zu häufig korrigieren. Eine angekündigte Revision bereits entschiedener Anträge blieb bisher aus.

<http://www.zeit.de/2017/29/bamf-asylopolitik-asylantraege-fluechtlinge-pruefung> (12.07.17)

- LGBTIQ-Geflüchteten werden von Mitarbeiter\*innen des BAMF oft unangemessene Fragen gestellt. Die *SZ* zitiert Fragen aus Anhörungsprotokollen nach der Häufigkeit des und dem Empfinden beim Geschlechtsverkehr. Die häufigen Ablehnungen werden nicht selten damit begründet, dass die Menschen ja ihre Sexualität im Herkunftsland hätten verbergen können. Der Europäische Gerichtshof sieht diese Argumentation als rechtswidrig an und auch die Bundesregierung (und das BAMF ist dem Bundesinnenministerium unterstellt und das ist Teil der Bundesregierung) meint richtig, dass eine solche Erwartung nicht zumutbar sei. Kritik gab es von den Grünen sowie vom Lesben- und Schwulenverband.  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/vorwurf-der-diskriminierung-peinliche-fragen-an-homosexuelle-asylbewerber-1.3580316> (10.07.17)
- Selbst wenn es durch bundesweit momentan geringere Medienaufmerksamkeit nicht mehr als das große Problem wahrgenommen wird, dass es vor ein paar Monaten noch zu sein schien: Rechtsradikale in Sachsen sind nach wie vor mit Aktionen präsent. *Deutschlandfunk* zitiert Leute vom *MDR* und *Sächsischer Zeitung*, die das Thema nach wie vor verfolgen und die meinen, die Form der Nazi-Aktionen habe sich verändert. Sie seien weniger plump und auf Gewalt ausgerichtet – auch wenn es nach wie vor zu Übergriffen kommt - sondern würden jetzt vermehrt Guerilla-Taktiken gleichen, die das Ziel haben, den öffentlichen Raum zu dominieren. Für *MDR* und *Sächsische Zeitung* habe sich kein Abnutzungseffekt in der Berichterstattung eingestellt, so Vertreter\*innen.  
[http://www.deutschlandfunk.de/sachsen-rechte-gewalt-bleibt-ein-thema.2907.de.html?dram:article\\_id=390757](http://www.deutschlandfunk.de/sachsen-rechte-gewalt-bleibt-ein-thema.2907.de.html?dram:article_id=390757) (11.07.17)
- Im bayerischen Kreis Unterfranken verlangt das Landratsamt von anerkannten Geflüchteten Forderungen für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften berichtet die *SZ*. Anerkannte Geflüchtete sollten freien Zugang zum Wohnungsmarkt haben. Dieser ist aber mit erheblichen Hürden versehen, dazu zählen neben Wohnungsmangel, hohen Mieten, bürokratischen Hindernissen auch Rassismus. In Unterfranken müssen alleinstehende Geflüchtete pauschal 311 Euro zahlen, auch dann, wenn sie in einem Mehrbettzimmer mit bis zu fünf Personen leben müssen. Ein lokaler Asylberater nennt dies nicht verhältnismäßig. Die *Zeit* schreibt über den Wohnungsmarkt in Berlin. Dort leben Anerkannte zum Teil noch in Erstaufnahmeeinrichtungen. Von 27.500 in Unterkünften lebenden Geflüchteten sollten 15.000 bereits in einer Wohnung leben, 10.000 davon sind anerkannt. Diese sogenannte „Fehlbelegerquote“ liegt mit 54% besonders hoch, in Bayern sind es 20 %. Besonders betroffen seien unbegleitete Minderjährige, Menschen über 65, Schwangere und alleinreisende Frauen sowie Erkrankte, sprich, besonders Schutzbedürftige für die die Wohnungssuche schnell zur Überforderung werden kann. Berlins landeseigene Wohnungsbaugesellschaften wollen bis 2021 30.000 neue Wohnungen bauen, der Stadt fehlten aber bereits im Mai 2016 125.000. Dies hat zur Folge, dass der illegale Wohnungsmarkt Zulauf bekommt. Überhöhte Preise und Makler\*innengebühren bis zu 7.000 Euro sind die Folge.  
<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/erding/bayerische-asylopolitik-fehlbeleger-zur-kasse-gebeten-1.3585460> (12.07.17)  
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-07/fluechtling-wohnungsmarkt-erstaufnahme> (13.07.17)

- Die im Bautzner Spreehotel untergebrachten Geflüchteten wurden vergangene Woche in andere Städte des Landkreises verlegt. Der Vertrag mit dem Landratsamt war ausgelaufen. Das Hotel wird nun als Integrationszentrum weitergeführt. Etwa 50 als im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention Anerkannte werden dort weiter wohnen bleiben. Sie haben bisher keine eigene Wohnung finden können. Der Landkreis finanziert dort 3,5 Stellen.  
<http://www.mdr.de/sachsen/bautzen/auszug-spreehotel-bautzen-102.html> (13.07.17)

## Hintergrund und Meinung

- Ein Mann wird von einer selbsternannten Bürgerwehr an einen Baum gefesselt. Damit geriet Arnsdorf im letzten Jahr in den Fokus bundesweiter Aufmerksamkeit. Dass Schabas Al-Aziz chronisch krank war und in keiner Weise eine unterbrechungsfreie, medikamentöse Versorgung gewährleistet war, dass sein Betreuer bei der AfD und im braunen Sumpf Freital's unterwegs war - all das und noch viel mehr hat die *taz* in einer umfangreichen Recherche herausgefunden. Viel mehr noch: der Artikel zeigt die Fragen, die unbedingt in dem Gerichtsprozess um die Bürgerwehr hätten geklärt werden müssen. Der wurde aber eingestellt.  
<http://www.taz.de/!5422411/> (13.07.17)
- Bundesinnenminister Thomas de Maizière und sein italienischer Amtskollege Marco Minniti bekräftigen in der *Welt* die Pläne ihrer beiden Staaten plus Frankreich, künftig mit der brutalen libyschen Küstenwache kooperieren zu wollen, lebensrettenden NGO's unnötige Verhaltenskodexe zu oktroyieren und Herkunfts- wie Transitländern bilaterale Abkommen zum tödlichen Versuch der Fluchtverhinderung zu diktieren.  
<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article166543631/Die-Migrationskrise-wird-in-Afrika-bewaeltigt.html> (12.07.17)
- Der *MDR* erinnert an das vor 22 Jahren am 13. Juli 1995 begonnene Massaker von Srebrenica, heute gilt es als Völkermord. Bosnisch-serbische Milizen töteten etwa 8.000 Männer und Jungen muslimischen Glaubens. Der Niederlande wurde völkerrechtlich als mitverantwortlich für das Verbrechen erklärt. Ihre Truppen hatten nichts gegen den offensichtlich sich anbahnenden Völkermord an den Geflohenen unternommen trotz ihrer lokalen Präsenz. Die niederländische Regierung erwägt Rechtsmittel gegen die ihr auferlegten Teil-Entschädigungen. Zurzeit muss sich der ehemalige General Ratko Mladić vor dem UN-Kriegsverbrecher\*innentribunal in Den Haag verantworten. Ein Urteil wird Ende 2017 erwartet. Die Lösung, den Balkan mittels der (Re-)Konstruktion von Nationalstaaten zu „befrieden“ ist heute eine der Ursache für die Flucht vieler Menschen aus ebendiesen Staaten.  
<http://www.mdr.de/heute-im-osten/Srebrenica-100.html> (11.07.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [info@saechsischerfluechtlingsrat.de](mailto:info@saechsischerfluechtlingsrat.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [refugeelawclinic@uni-leipzig.de](mailto:refugeelawclinic@uni-leipzig.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe